

Bahamas-Leaks - neuer Luftballon

Categories : [Offshore Aktuell](#), [XXXNewsletter](#)

[vc_row][vc_column][vc_column_text]Das Journalistenkonsortium ICIJ hat in Zusammenarbeit mit mehreren Medien ein weiteres Offshore-Paradies angeprangert: Die Bahamas.

Was die Gründung von Offshore-Firmen auf den Bahamas betrifft, so sind die Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse (CS) die aktivsten Unternehmen. Allerdings erst nach der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca aus Panama, mit der sie zusammengearbeitet hatten. Mit den Daten, die man sich bei Mossack auf Grund mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen hat stehlen lassen, kann man noch viele Leaks veröffentlichen und aufbauschen. Es ist immer schlecht, wenn man als Offshoreanbieter meint, in allen Steueroasen der Welt selbst Niederlassungen betreiben zu müssen.

Wie bei den Panama-Papers erleben wir wieder:

Viel Lärm um nichts!

- Gemäss den "Bahamas Leaks" haben sowohl UBS als auch CS auf den Bahamas seit dem Jahr 1990 jeweils annähernd 10.000 Firmen gegründet. - Na und?
- Im Jahr 2015 gründeten UBS und CS im Auftrag von Kunden wieder jeweils 192 und 220 neue Offshore-Firmen. - Na und?
- In den Enthüllungen tauchen prominente Namen auf, die auf den Bahamas Offshore-Firmen besitzen oder besaßen; nämlich die vormalige niederländische EU-Kommissarin Neelie Kroes oder die neue britische Innenministerin Amber Rudd. - Na und? - Was war denn dabei illegal? Da dazu nichts ausgeführt wird, vermuten wir einmal: Absolut nichts!

Das nach den Panama-Papers abermalige inhaltslose Geschrei deutet auf Verzweiflung hin. Die sog. "Eliten" und die von ihnen gesteuerte Presse verhalten sich wie das Kind nachts im Wald. Man schreit, um seine Angst zu vertreiben. Angst wovor?

Vor dem Zusammenbruch des automatisierten Informationsaustausches – AIA !

Ja, es ist richtig: Zahlreiche steuergünstige Jurisdiktionen haben auf Druck der westlichen Hochsteuerländer ihre Zusage erklärt, beim AIA mitzumachen. Das erfolgte im Stil von "Klein Erna", die ihrer Mammi verspricht:

"Ganz bestimmt, ich popel nicht mehr in der Nase!"

Schon bald soll es rund um den Erdball losgehen. Mit Beginn des Jahres 2017 sollen die Daten

der Auslandskunden bei den Offshorebanken gesammelt werden, um ab 2018 einmal im Jahr zum Stichtag ein paar kümmerliche Informationen zum Wohnsitzstaat des Bankkunden zu melden.

Sieht man aber einmal von den Austausch-Musterknaben Luxemburg, Liechtenstein und der Schweiz ab, sind kaum Vorbereitungsmaßnahmen in den Steueroasen zu erkennen. Da geschieht gesetzlich gar nichts. Man weiss dort eigentlich gar nicht, was genau geschehen soll. Man hat gar nicht das dafür geeignete Personal. Die USA machen nicht mit, Dubai macht nicht mit wie alle arabischen Staaten, aus Hong Kong hat man nichts als eine Absichtserklärung wie auch aus Singapur, wo man klar darauf hingewiesen hat, dass man auf "Gegenseitigkeit" achte was so viel heisst wie,

“wenn mein Konkurrent sich nicht gleichartig verpflichtet, tue ich das auch nicht.”

Klar, auf der Webseite der OECD sucht man folgerichtig Meldungen über Fortschritte bei der Umsetzung vergeblich. Es gibt sie nicht.

In Deutschland, Frankreich, Italien usw. tut man aber so, als hätte der Steueroptimierer keine Chance mehr. Die hat er in Luxemburg, Liechtenstein und der Schweiz wirklich nicht mehr.

Geht der Steueroptimierer aber aus Europa raus, so kann er feststellen:

Business as usual im Offshoregeschäft.

Ja, die Offshorebanken achten darauf, ihren Ruf nicht zu beflecken durch Kunden mit fragwürdigen Geschäften. Die Compliance prüft streng.

Derjenige aber,

- der sein Vermögen schützen will vor Enteignungen bei Bankpleiten,
- vor Währungszusammenbrüchen,
- vor Gefahr für das Vermögen durch die allgegenwärtigen Krisen und Kriege,
- der seine Privatsphäre sichern will vor heimischen Banken, denen die Benachrichtigung des zuständigen Finanzbeamten wichtiger ist als der Datenschutz ihrer Kunden,
- der mit seinem Vermögen nicht haften will für die Folgen des Flüchtlingssunamis,

wird sich bemühen, das Familienvermögen offshore professionell in Sicherheit zu bringen.

Das wollen die "Eliten" verhindern. Deshalb werden immer wieder neue Luftballons aufgeblasen, auf den mal "Panama" steht, dann "Bahamas", dann "British Virgin Islands", dann "Hong Kong", dann "Singapur" usw. Hält man die spitze Nadel einer konkreten Sachfrage an den Luftballon, macht es "Peng". Hohles Geschwätz – wie von den den "Eliten" nicht anders gewohnt.

Die "Alpen-Prawda" (??????) hat das auch schon gemerkt. Am 22. September konnte man dort – also in der "Sueddeutschen"- nun das lesen:

"Swiss-Leaks! Lux-Leaks! Bahamas-Leaks! Die Panama-Papers! Die Steuer-CDs! Es gibt die Befürchtung, dass womöglich all die vielen Aufdeckungen und all die vielen Ausrufungszeichen nicht so viel bringen: weil sich das Geld immer wieder neue Wege sucht; weil die Geldreichen unbelehrbar sind; weil sie und ihre Banken andere Mittel und Methoden finden, um das zu tun, was sie immer getan haben: Geld verstecken, schwarze Kassen anlegen, .. Die kleineren Leute verschoben Geld nach Luxemburg; die größeren in die Schweiz; die noch größeren nach Liechtenstein; und die ganz großen nach Panama. .. So manche staatliche Erregung über Panama und Co. ist auch heuchlerisch - weil diverse Staaten selbst solche Praktiken anbieten: die USA beispielsweise im Staate Delaware. All das ist extrem unerfreulich und zeigt, dass der Sumpf immer noch Sumpf ist. Aber er ist nicht mehr so gefahrlos zu betreten wie früher. .. Keine Bank, kein Land kann mehr garantieren, dass es eine leckfreie Zone bleibt. Das ist das Neue. .."

So weit die Alpen-Prawda.

Obwohl "??????" übersetzt "Wahrheit" heisst, wissen wir, wie es mit dieser Prawda-Wahrheit in der ehemaligen Sowjetunion bestellt war. Nicht anders hier.

Bei der Alpen-Prawda resigniert man angesichts der Tatsache, dass immer mehr Kapital trotz allem offshore flüchtet. Als letzte Drohkulisse bläst man nun die Gefahr auf einer Entdeckung durch die Schwächen der digitalisierten Welt.

Nur:

1. Die Internetkanzlei ist nicht der zentralisierte unkontrollierbare Massenbetrieb von Mossack Fonseca.
2. Ein Land, ein Staat, kann nur das mitteilen, was es weiss. Was das Land gar nicht weiss, weil es das nicht wissen kann, kann bei dem Land auch nicht geleakt werden. Da ist nichts zu finden, weil es nichts gibt. Dafür sorgen wir.
3. Das gilt auch für die Bank. Und mit internationalen Grossbanken arbeitet man ohnehin nicht.
4. Arbeitet man dann auch noch ausserhalb des Bankensystems – oder betritt man dies ggf. wieder über eine "Hintertür", wird die Drohung mit Leaks absolut lächerlich.

BUSINESS AS USUAL – lassen wir sie schwätzen.[/vc_column_text][/vc_column][/vc_row]